

Einmal



oben



An der Oberschule
Ronzelenstraße
verteilt Physiklehrer
Andreas Kasche
500 iPads

ganz

Der Zweifel
Gegen den
Schweinestau

E

rinnert sich jemand? Hunderte Traktoren in den Innenstädten von Hamburg und Berlin. Die Hamburger Verkehrsbetriebe stellten den Betrieb der U-Bahn-Linie U3 ein, aus Angst vor dem Gewicht der Landmaschinen, das auf dem Tunnel unter der Mönckebergstraße lastete. »Bauer sucht Stau«, kalauerte das *Hamburger Abendblatt*. Im November 2019 protestierten Landwirte gegen die wachsende Last behördlicher Auflagen und die schwindende Wertschätzung für ihre Arbeit. Nachhaltige Folgen hatte der Protest indes kaum.

Vergangene Woche erneut: Trecker-Demos. Kleiner sind sie diesmal, oft sammeln sich nur ein paar Dutzend Fahrzeuge. Die Treffpunkte sind keine Metropolen. Sie heißen Hesel, Cloppenburg oder Lehrte. Diesmal werden nicht Innenstädte blockiert, sondern Zentrallager der großen Discounter. Die Landwirte wollen für ihre Produkte einen fairen Preis.

Vor allem die Situation der Schweineerzeuger ist dramatisch. Corona und die drohende Afrikanische Schweinepest haben die Preise verdorben. Es stauen sich 650.000 schlachtreife Schweine. Die Tiere stehen zu lange im Stall, werden für den Markt zu fett und verlieren so noch zusätzlich an Wert.

Und diesmal zeigt der Bauernaufstand rasche Wirkung: Lidl verspricht 50 Millionen Euro für mehr Tierwohl und erhöht die Preise für Schweinefleisch um einen Euro je Kilo. Rewe verspricht den Bauern Garantiepreise für ihre Schweine. Auch Aldi diskutiert mit Landwirtschaftsvertretern.

Doch die Angebote der Handelsketten sind nicht mehr als kurzfristige Reparaturen. Der sogenannte Schweinestau ist ein Symptom eines fehlgeleiteten Systems. Das Problem ist grundsätzlich und nicht allein von Aldi, Lidl, Rewe oder Edeka zu lösen. Schon gar nicht vom Deutschen Bauernverband. Sie alle sind Teil der Immer-mehr-immer-billiger-Logik der Lebensmittelproduktion, welche die Kosten von Umweltschäden, Artenverlust und Klimawandel nicht mit einpreist.

Der Wandel muss aus Brüssel kommen. Hier laufen die Verhandlungen über die Zukunft der Landwirtschaft. Noch immer sollen nach dem Willen von Agrarrat und Parlament Milliarden an Subventionen ohne Umwelt- oder Tierschutzauflagen ausgeschüttet werden. Es sieht nicht so aus, als hätten Europas Politiker die Dimension der Aufgabe verstanden. Und eine Trecker-Demo gegen Subventionen nach dem Gießkannenprinzip ist nicht zu erwarten. ANDREAS SENTKER

www.zeit.de/vorgelesen

Mit dem neuen Lockdown steigt in vielen Lehrerkollegien die Hektik. Doch in Bremen bleibt man gelassen. Ausgerechnet das Bundesland, das bisher als Bildungsverlierer galt, ist auf Fernunterricht bestens vorbereitet VON ULF SCHÖNERT

Schon drei Wochen vor Weihnachten fühlt es sich in der Bremer Oberschule Ronzelenstraße an wie bei der Beschörung: Im Physikraum Ph2 bekommen alle Schüler des Oberstufenkurses ein Tablet ausgehändigt, nagelneu und eingeschweißt. Es wäre jetzt uncool, zu viel Begeisterung zu zeigen. Doch die 16 Schüler können ihre Freude nur schwer verbergen. Schutzhüllen werden aufgerissen, Folien entfernt. Zwar müssen sie die iPads nach dem Abitur zurückgeben, aber jetzt darf jeder ein fabrikfrisches Gerät mit nach Hause nehmen. Ein iPad der siebten Generation, der Mercedes unter den Tablets. Im armen Bremen. Im Laden müsste man dafür 400 Euro bezahlen. Dazu einen Hunderter für die Tastatur. Wow!

Zweieinhalb Paletten sind am Vortag in die Ronzelenstraße, in den Nordosten Bremens, geliefert worden. In der Abstellkammer der Schule sah es kurzzeitig aus wie im Lagerraum von Media Markt. »Ein bisschen unwohl hat man sich da schon gefühlt, so mit dem Wert einer Eigentumswohnung im Nebenzimmer«, sagt der Informatiklehrer Andreas Kasche, der die iPads austeilte.

Die vorweihnachtliche Schulbeschörung kam gerade zum rechten Zeitpunkt. Denn seit Mittwoch dieser Woche ist, wie überall in Deutschland, auch in Bremen die Präsenzpflicht in den Schulen aufgehoben. Doch während man anderswo den Schulschließungen mit Bangen entgegenseht, ist man in der Hansestadt gelassen. Denn man hat für den digitalen Fernunterricht vorgesorgt: Bremen ist das erste Bundesland, das alle Schüler mit passender Hardware ausgestattet hat – auch die Erstklässler, die noch so klein sind, dass die Lehrerin für einige die Passwörter eingeben muss.

Schon vor Monaten hat die Bildungsbehörde rund 100.000 iPads für die Bremer Schulen geordert. Die Lehrer haben ihre Geräte bereits im Sommer bekommen. Bis Weihnachten sollen auch

alle Schüler ihre betriebsbereiten Geräte in den Händen halten. Und dieses Ziel wird laut Schulbehörde zu 99 Prozent erreicht – trotz des Shutdowns.

Damit findet an Bremens Schulen ein historischer Wandel statt. Nach über hundert Jahren des Lernens mit Heften, Kreidetafeln, Büchern und Pinnwänden werden die Schüler standardmäßig von Klasse 1 bis zum Abitur mit einem digitalen Lernmedium ausgestattet. Mit ihren iPads sollen sie künftig nicht nur Lehrmaterial abrufen, sondern auch Aufgaben bearbeiten, Unterrichtsvideos anschauen, Texte schreiben, Präsentationen vorbereiten oder im Netz recherchieren.

Ausgerechnet Bremen. Eigentlich gilt der Stadtstaat als Bildungssorgenkind. Seit dem ersten Pisa-Test landet Bremen im Bundesländervergleich zuverlässig auf dem letzten Platz. Und nun das: 20 Jahre nach dem ebenso teuren wie hilflosen Versuch, mit ISDN-Geschwindigkeit »Schulen ans Netz« zu bringen, zeigt Bremen, wie es digital geht.

Neben neuen Geräten haben die Behörden schon 2015 die digitale Lernplattform itslearning angeschafft, deren Nutzung für alle Lehrer und Schüler verpflichtend ist. Alle Schulgebäude werden, sofern noch nicht geschehen, mit schnellem drahtlosem Internetzugang ausgestattet. Kinder und Lehrer erhielten – ebenfalls einzigartig – einen zentralen Nutzernamen. Nun haben sie nicht nur eine Schul-Mailadresse, über die eine gesicherte Kommunikation laufen kann, sondern auch einen Zugang zu allen Schulnetzen der Stadt.

Als man im März vom Präsenz- in den Fernunterricht wechselte, bestand die Lernplattform itslearning ihre Bewährungsprobe. Von Tag eins an waren alle Schüler für den Fernunterricht erreichbar. Die Lehrer hatten eine sichere Möglichkeit, ihre Klassen mit Lehrmaterial zu versorgen. Klagen über nicht erreichbare Pädagogen? In Bremen hörte man sie kaum – im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Allerdings stellte sich bald heraus, dass die jeweilige Computer-Ausstattung zu Hause extrem

unterschiedlich war. »In Bremen wachsen viele Kinder in Armut auf«, sagt Schulsenatorin Claudia Bogedan (SPD). »Einkommensschwache Familien können sich nicht mal eben ein Tablet anschaffen.« Daher diskutierten die Verantwortlichen über die Notwendigkeit, Schüler aus armen Verhältnissen mit Schultablets auszustatten. Doch wer gilt als »arm«, und wo genau zieht man die Grenze? Also: Geräte für alle. Noch vor den Sommerferien wurden dafür die politischen Weichen gestellt.

In der Schule Ronzelenstraße richten die Oberstufenschüler gemeinsam ihre Geräte ein. Schritt für Schritt wird in einem Video erklärt, wie die iPads funktionieren. Die Jugendlichen tippen Nutzernamen und Passwörter ein.

»Wisst ihr, wie das geht, oder soll ich euch das zeigen?«, fragt Andreas Kasche.

»Wissen wir.«

Nach rund 20 Minuten sind die Geräte eingerichtet. Kein Absturz, kein Ausnahmefehler, kein Neustart. Andreas Kasche geht durch die Reihen und nickt zufrieden. Dass die Schultablets keine normalen iPads sind, merkt man erst auf den zweiten Blick. Anstelle des App-Stores gibt es eine Student-App, die nur Anwendungen enthält, die als schülergerecht gelten. YouTube ist zur Enttäuschung einiger Schüler nicht dabei, auch nicht der Spiele-Hit *Among Us*. Dafür gibt es eine Schulbuch-App, die *Sendung mit der Maus* und die ARD Mediathek. Ohnehin hat Kasche alles unter Kontrolle. Sämtliche iPads werden zentral gesteuert und gewartet. Wenn der Lehrer will, kann er Apps deinstallieren oder neue draufspielen. Er kann sogar alle Schüler-iPads auf einmal ausschalten, wenn es der Unterricht erfordert.

Erst einmal aber darf die Klasse damit herumspielen. Weltkugeln und bunte Blasen erscheinen. »Hallo, Siri«, murmelt einer. Ein anderer öffnet die Amazon-Seite. Shopping scheint zu gehen. Auch Netflix, DAZN und Spotify ploppen auf. Über den Browser kommen die Schüler also sehr wohl an Dienste, die mit dem Unterricht nicht unmittelbar

zu tun haben. Zwar gibt es einen Jugendschutzfilter, doch hundertprozentige Sicherheit kann der nicht bieten. »Wir Lehrer müssen einen gewissen Kontrollverlust zulassen«, sagt Andreas Kasche.

Er findet das nicht weiter schlimm. Der Lehrer, der Informatik und Physik unterrichtet, trägt ein T-Shirt mit *Muppet Show*-Motiv, in der Tasche seiner Cargohose steckt ein Multifunktionsklappmesser, die Arme sind tätowiert, seinen blonden Haaren lässt er viel Freiheit. Zettelwirtschaft könne man mit den neuen Geräten einsparen, schwärmt Kasche, die Bürokratie nehme ab. Andererseits komme neue Arbeit auf die Kollegen zu: regelmäßige Fortbildungen, der Umgang mit technischen Pannen. Auch wissen noch längst nicht alle Bremer Lehrkräfte, wie sie die neue Online-Welt für ihre Stunden sinnvoll nutzen können. Nur eines steht fest: Die Ausrede, es fehle die Technik, zieht nicht mehr.

Viel Geld lässt sich der Bremer Senat das kosten. Ein Teil davon stammt aus dem Digitalpakt des Bundes, der insgesamt fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung bereitstellt (siehe dazu auch das Gespräch mit Dorothee Bär auf S. 39), ein anderer aus dem ebenfalls milliardenschweren »Bremen-Fonds« zur Überwindung der Corona-Krise. Dieses Geld ist der eine Grund, warum Bremen weiter ist als andere Bundesländer. Der andere ist seine Größe.

Torsten Klieme kam kürzlich aus Sachsen-Anhalt als Abteilungsleiter in die Schulbehörde der Hansestadt. Kollegen aus anderen Bundesländern hatten ihm abgeraten: »Bremen? Bist du verrückt?« Umso erstaunter war Klieme, auf welches Klima er in der Behörde traf. »Die schaffen hier den digitalen Turnaround auf allen Ebenen.« Der in anderen Ländern lähmende Wirrwarr aus unterschiedlichen staatlichen Stellen und Schulträgern schrumpfte in Bremen auf kleinem Raum zusammen. »Das sorgt für Tempo«, sagt Klieme. Mit dem Amtsantritt der Senatorin Bogedan 2015 wurde die Digitalisierung zum

Fortsetzung auf S. 34

Mehr Wissen

Die Corona-Krise hat einen großen Digitalisierungsschub im Unterricht ausgelöst. Allerdings zeigt eine Umfrage unter 100 Schulträgern in Deutschland: An rund einem Drittel der Schulen fehlen für das Lernen auf Distanz die Endgeräte

Quellen zu den Artikeln dieser Ausgabe finden Sie unter [zeit.de/wq/2020-53](https://www.zeit.de/wq/2020-53)